

Sehr geehrte Damen und Herren !

Wir beraten heute das Budget 2017 in sehr unruhigen Zeitläufen. Die weltpolitische Szenerie um uns ist geprägt von den Begriffen Populismus, Brexit, die Zukunft Europas und Donald Trump.

Globalisierung als wirtschaftliches Faktum und soziale Herausforderung

Die moderne Welt verunsichert zunehmend wesentliche Teile der Bevölkerung und namhafte Experten vertreten den Standpunkt, dass die Globalisierung der Wirtschaft nütze, aber der Mittelschicht und den vielen einfachen Menschen weh tue, und die sich eine Lösung erwarten.

In einer solchen Zeit müssen auch die europäischen Regierungen ihre technokratische Sprache ablegen und auf Ängste reagieren ohne einfache oder naive Antworten zu geben.

Sie müssen bedrohliche Entwicklungen und ihre Folgen mutig beim Namen nennen, aber ohne den gehässigen Ton, der bei den komplexen Problemen der heutigen Welt immer in eine gefährliche Irre führt.

Die sich selbst aufschaukelnden Gruppenmeinungen in den sozialen Netzen stellen jedenfalls kaum eine faire Verteilung von Information dar.

Die mühsame Überwindung von Gegensätzen kann nur in einer offenen Diskussion gelingen, die von den Grundsätzen der Toleranz und des gegenseitigen Respekts bestimmt ist. So ist auch das Ergebnis der Bundespräsidentenwahl zu verstehen.

Es ist zu hoffen, dass nach der vergangenen Wahl der Gemeinsinn das politische Geschehen bestimmt.

Der Klimapolitik droht ein schwerer Rückschlag

2016 könnte das heißeste Jahr werden, die Erderwärmung treibt die Temperaturen in Rekordhöhe und die Emissionen steigen weiter.

Österreich liegt in der Klimaschutzpolitik weit zurück. In namhaften Klimaschutz-Auflistungen nimmt Österreich Platz 41 von 61 Rängen ein und belegt damit den vorletzten Platz unter den EU-Staaten. Vor allem im Verkehr gibt es noch keinen Erfolg. Wie es um die diesbezüglichen Bemühungen weltweit noch bestellt ist und wie die Zeit drängt, weiß nun inzwischen jeder, der es wissen will. Mit der neuen Ära Trump in den USA zeichnet sich zusätzlich ein neues Problem ab.

Wissenschaftler melden, dass der weltweite Klimawandel mit seinen ökologischen Folgen in verschiedenen Regionen Hunger, Gewalt und Terror verstärkt. Durch den menschengemachten Klimawandel nehmen Hitzewellen und regionale Dürren zu. Ständig steigende Temperaturen sowie tiefe ethnische Spaltungen gefährden einige der konflikthanfälligen Regionen der Welt wie

Nord- und Zentralafrika oder Zentralasien in besonderem Maße. Dies hat Auswirkungen auch auf Fluchtbewegungen. Studien bestätigen als Auswege die rigorose Eingrenzung der Klimagase sowie Friedensbemühungen. Wie die Ereignisse des letzten Jahres zeigen, bleiben auch die Gemeinden mit ihren Budgets hievon nicht unberührt.

Lustenauer Rekordbudget mit hohem Ausgabendruck

Der Voranschlag für 2017 ist wesentlich mehr als eine Fortschreibung bisheriger Gemeindebudgets.

Schon der Budgetumfang erhöhte sich von rund 79 Mio. € im laufenden Haushalt auf 83,2 Mio. € im Haushaltsjahr 2017.

Bei internen Beratungen der Finanzverwaltung zeichnete sich diese Entwicklung schon seit längerem ab.

Die laufenden Projekte und die gesammelten künftigen Ausgabenwünsche der im Gemeindevorstand vertretenen Fraktionen überstiegen die bisher üblichen Vorstellungen um Millionenbeträge.

Der Budgetumfang erhöhte sich schließlich um rund 4 Mio. € oder 5%.

Stabile Kennzahlen im Einnahmenbereich

Die Steuereinnahmen als wichtigste Säule der Gemeindefinanzen werden sich im kommenden Jahr auf 34,7 Mio. € belaufen, was einer Steigerung von 3,3 % gegenüber dem letzten Budget entspricht.

Den zentralen Beitrag für die Finanzierbarkeit des Gemeindehaushaltes leisten die gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die von 25,8 Mio. auf 26,9 Mio. € sohin 3,2 % im Haushaltsjahr 2017 zunehmen werden. Sie stellen daher über 3/4 der Steuereinnahmen der Gemeinde.

Befürchtungen über einen schmerzlichen Steuerrückgang für die Gemeinden werden sich daher nicht bewahrheiten.

Die Kommunalsteuer erbringt mit rund 6,4 Mio. € ebenfalls einen nicht unwesentlichen Beitrag, der sich aber gegenüber einem Aufkommen von über 22 Mio. € in unserer Nachbarstadt Dornbirn recht bescheiden ausnimmt.

Es ist durchaus angebracht, nicht schon bei den geringsten parteipolitischen Schwierigkeiten im eigenen Haus Steuereinnahmen den geschäftstüchtigen Nachbarn zu überlassen.

Einen kräftigen finanziellen Beitrag liefern die Gemeindebürger auch in Form der Gebühren für die Abwasserbeseitigung, die aufgrund der laufenden Erhöhungen eine Steigerungsrate von 8,2 % aufweisen und im kommenden Haushalt 4 Mio. € erbringen werden.

Starke Zunahme der laufenden Ausgaben

Die laufenden Ausgaben der Gemeinde betragen rund 48 Mio. €

Nach den Personalkosten stehen wie in den vergangenen Jahren die stark steigenden Gesundheits- und Sozialkosten bereits an zweiter Stelle der Ausgaben.

Wenn auch die Spitalskostenbeiträge der Gemeinden seitens des Landes zu einem geringen Teil vergütet werden, zeigen sie gesamthaft noch immer eine stark steigende Tendenz:

2015	8,049.600,- €
2016	9.399.200,- €
2017	10.632.500,- €

Die Sozialtransfers an das Land Vorarlberg werden daher im kommenden Haushaltsjahr die 10-Mio. €Grenze locker überschreiten.

Zuzüglich der Landesumlage werden es rund 12 Mio. €sein.

Nach dem jüngsten Gemeindefinanzbericht werden die Ausgaben für soziale Wohlfahrt der größte Kostentreiber für die heimischen Gemeinden darstellen, ohne dass diese in erheblichem Ausmaß auf die Kostenentwicklung einwirken können.

Auch aufgrund der Konstruktion der Mindestsicherung kommt es zu einer starken Ausweitung der finanziellen Belastung der Gemeinden.

Sie beengen damit erheblich den finanziellen Spielraum der Gemeinde.

Dies führt vor allem zu einer deutlichen Verringerung des Überschusses der laufenden Gebarung und in Zusammenhang mit dem steigenden Schuldendienst zu einem Tiefstand bei den frei verfügbaren Mitteln.

Auffallend ist, dass die frei verfügbaren Mittel mit rund 3,48 Mio. €rund ein Drittel unter den 5,2 Mio. des RA 2015 liegen.

Steigender Überschuss der laufenden Gebarung

Der Überschuss der laufenden Gebarung entwickelt sich wie folgt:

2016	5,976.300,- € d.s. 11,4 % der laufenden Einnahmen
2017	6,668.000,- € d.s. 12,2 %.

Vor allem aufgrund des Schuldendienstes verringern sich aber die verbleibenden frei verfügbaren Mittel - die eigentliche Finanzspitze der Gemeinde - im Jahre 2017 auf 3,48 Mio. €

Im Rechnungsabschluss 2015 waren es noch 5,2 Mio.€

Steigender Schuldenstand

Vorweg ist zu betonen, dass bei der fiskalischen Bewertung der Entwicklung des Schuldenstandes zu berücksichtigen ist, ob damit ein Vermögenserwerb einhergeht oder die Fremdmittel nur der Deckung von Defiziten dienen.

Die Budgetzahlen zeigen, dass die Kreditaufnahme schwerpunktmäßig mit der Schaffung von Vermögenswerten verbunden ist.

Im Budget 2017 steht der Darlehensaufnahme von 8,4 Mio. €eine Tilgung von 6,2 Mio. €gegenüber.

Dadurch erhöhte sich auch zwangsläufig der Schuldenstand von €65,690.000.- auf €67,838.400.- € was einer Steigerung um €2,147.500.- €entspricht.

Investitionen als zentraler und umstrittener Aufgabenbereich

Dazu zählen die Sicherung der Daseinsvorsorge in den verschiedensten Formen und Bereichen, im Bildungs-, Schul- und Kindergartenbereich, die Verbesserung der Lebensqualität im öffentlichen Raum, die notwendige Steigerung der Standortqualität im sozialen und ökonomischen Bereich der Gemeinde sowie für Einrichtungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Die Liste der Investitionen wird vom Feuerwehrhaus mit 5,5 Mio. €angeführt, gefolgt vom Radweg Bahnhof mit 2,5 Mio. € der Abwasserbeseitigung mit rund 2 Mio. € sowie weiteren Investitionen und Vermögenskäufen im Gesamtbetrag von rund 23,4 Mio. €

Angesichts dieser Summen ist der Betrag von €300.000.- für das Ortszentrum nur ein sehr kleiner Schritt, es wird auf Schmalspur gefahren, aber es bewegt sich doch – endlich etwas.

Man kann einwenden, aus Budget- und Finanzknappheit sei nicht mehr möglich. Dabei handelt es sich natürlich um eine politische Entscheidung.

Er ist insgesamt wieder ein Ansatz, aber weiterhin nicht ein relevanter Teil eines Gesamtkonzepts - sozusagen ein Teilansatz für ein Teilkonzept.

Das Problem liegt tiefer, es fehlt immer noch ein Projektentwickler, der die Teilbereiche, das Bau-, Verkehrs-, Geschäftskonzept- und Umgebungskonzept zusammenfasst, sozusagen die e i n e Formel für die noch isolierten Teilbereiche vorlegt.

Es sind zwangsläufig Richtungsentscheidungen erforderlich, die damit die Entwicklung der Gemeinde für lange Zeiträume bestimmen.

Die derzeit größten Investitionen sind neben dem begonnenen Feuerwehrhaus, Kindergärten, Schulen, Verkehrswege und Investitionen in Sportanlagen.

Bildung wird zur umfassenden Herausforderung: Kinderbetreuung Kindergarten Schule

Viele Frauen, die Familie und Beruf vereinen möchten oder müssen, stehen oft vor schweren Problemen, da Kinderbetreuungsplätze einerseits knapp bemessen sind, andererseits für viele finanzielle Hürden darstellen.

Selbst die Wirtschaft ruft wiederholt nach flexibler und kostengünstiger Kinderbetreuung. Zielsetzung muss eine ganztätige, ganzjährige, verlässliche und leistbare Kinderbetreuung sein.

Dies erfordert aber enge Kooperation zwischen den privaten Betreibern der Kinderbetreuungseinrichtungen und der Gemeinde unter rechtzeitiger und vollständiger Inanspruchnahme der Fördermittel des Bundes.

Diskussionsgegenstand wird sein, wie diese Kooperation angesichts eines weiter steigenden Bedarfs zu gestalten ist.

Auch im Kindergartenbereich steigt der Aufwand für die Gemeinde laufend an. Die noch stärker steigenden Kosten im Schulbereich stammen aus der starken Bevölkerungszunahme einerseits und dem steigenden Qualitätserfordernis an die Baulichkeiten auf der anderen Seite.

Das Faktum, zu den jüngsten Gemeinden Österreichs zu zählen, zieht für Lustenau zwangsläufig auch einen steigenden Aufwand an Schul- und Kindergartenbauten nach sich.

Das Bildungswesen wird der heutigen sozialen Realität kaum noch gerecht

Der jüngste PISA-Test zeigt neuerlich, dass unser Schulsystem offenbar mit unserer sozialen Realität immer schwerer zu Rande kommt und es nicht gelingt, allen Kindern halbwegs gleichartige Chancen im Schulalltag zu sichern. Mangelnde Bildungsabschlüsse führen dann zu mangelnden Qualifikationen und fehlenden Arbeits- und Existenzmöglichkeiten.

Für die Gemeinden ist die Funktion als Schulerhalter eine permanente und immer kostspieliger werdende Aufgabe. Gleichzeitig ist auf pädagogischer Ebene der notwendige Bildungserfolg offenbar immer schwerer zu erreichen. Die Vorarlberger Mittelschule steht vor zunehmenden pädagogischen Problemen.

Der Ganztageschule wird unter den heutigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen eine zentrale Bildungsaufgabe zukommen.

Auch die VS Rotkreuz steht vor diesem Hintergrund vor der Frage Sanierung oder Campuslösung. Obwohl Konzepte bereits erarbeitet wurden, steht die Entscheidung dort weiterhin in Schwebe.

Die immer tiefer gehenden Bildungsdefizite werden unsere Gesellschaft in den kommenden Jahren noch vor viele Probleme vor allem auf dem Arbeitsmarkt stellen. Die Meldungen aus der Wirtschaft verbunden mit den Arbeitslosenzahlen verweisen auf große Bildungsdefizite.

Warum liegen Länder wie Finnland, Estland, Polen u.v.a. im Pisa-Test weit vor Österreich. Warum gibt es eine zu geringe Anzahl an begabten Schülern? Wo ist die Freude am Lernen geblieben? Der Ursachen gibt es viele, gefragt sind nicht nur pädagogische, sondern auch Antworten in der Gesellschaft sowie in den Familien. Der seit langem steigenden Beklemmung hinsichtlich von Bildungsrankings sind endlich wirksame Maßnahmen entgegenzusetzen.

Auch die vor Jahrzehnten erfolgte Ablehnung einer Universität seitens konservativer Politik in unserem Bundesland war eine grobe bildungspolitische Fehlentscheidung.

Universitäre Einrichtungen befruchten mit ihrem vielseitigem Angebot sowohl wirtschaftliche wie auch individuelle Entwicklungen und würden auch viele unserer Absolventen aus den anderen Universitäten wieder ins Land zurückführen.

Bildung ist Voraussetzung und Motor in vielen Bereichen.

Der starke Wohnbau erfordert zeitgerechte öffentliche Investitionen

Die starke Wohnbautätigkeit in der Gemeinde bei gleichzeitiger Ausdünnung der Infrastruktur verstärkt laufend den Eindruck, dass sich Lustenau schwerpunktmäßig zu einer Wohnsitzgemeinde entwickelt, in der der Wohnbau zum bestimmenden Entwicklungsfaktor wird.

Die daraus resultierenden Anforderungen an die öffentliche Infrastruktur, vor allem auch im Bereich Freiräume und deren umfassender Vernetzung, werden dadurch immer größer.

Den Kommunen erwächst daraus die Aufgabe, Defizite auszugleichen, Bildungs-, Aufenthalts- Kommunikations- und Grünräume bereitzustellen.

Profisport ist keine Pflichtaufgabe der Gemeinde

Während die oben genannten Erfordernisse im Bildungsbereich längst auf dem Tisch liegen, sind Investitionen im Reichshofstadion immer mit der Möglichkeitsform behaftet. Wann, wie, warum, unter welchen sportlichen Voraussetzungen ist eine große Revision im Reichshofstadion erforderlich bzw. angesichts der Budgetnot der Gemeinde gerechtfertigt.

Es gilt, Prioritäten zu setzen und diese nach gesellschaftlichen Erfordernissen zu bewerten.

Die Zielsetzungen kollidieren mit Forderungen aus dem Sportbereich, speziell dem Reichshofstadion, wobei die in den kommenden Jahren zu diskutierenden Millionenaufwendungen nicht ungeteilte Zustimmung finden.

Fragen der Eigenleistung und Kooperation mit anderen Vereinen harren noch einer vertiefenden Antwort, ebenso raumordnerische und auch geografische Aspekte.

Der Geschäfts- und Handelsbereich muss auch in Lustenau wachsen

Der Lustenauer Bevölkerung steht eine Kaufkraft von rund 113 Mio. € zur Verfügung, wovon die Hälfte in die umliegenden Gemeinden abfließt.

Dieser seit Jahrzehnten hingenommene Zustand muss geändert werden.

In einer Gemeinde mit über 23.000 Einwohnern muss der Handels- und Geschäftsbereich, der auch einen der Teil der Standortqualität einer Gemeinde darstellt, eine entsprechende Weiterentwicklung erfahren.

Die diversen Stellungnahmen in unserer Gemeinde zur Ansiedlung von IKEA werfen auch ein Schlaglicht auf die offenbare Geringschätzung der darin gelegenen Möglichkeiten.

Von Teilen der Gemeindevertretung wird dem Vorhaben einfach das Niedriglohnimage umgehängt, das der Gemeinde zu wenig bringe. Offenbar war dies aber so verfehlt, dass sogar der Landesstatthalter öffentlich darauf hinwies, dass gerade in unserer Zeit die Bevölkerung auf ein breites Angebot an Arbeitsplätzen angewiesen sei.

IKEA wird nicht die Konkurrenz für alles Mögliche und zugleich der Schwarze Peter für ein Verkehrsaufkommen sein, gegen das Lustenau schon seit 30 Jahren erfolglos kämpft. Es wird vielmehr zu einem Standortfaktor für unsere Gemeinde werden und damit auch zu einem Vorteil für ein attraktives Zentrum.

Ortszentrum muss endlich in die Realisierungsphase

Wer die bisherige Entwicklung im Ortszentrum ungefähr kennt, kann sich wohl nur an den Satz halten „Wer aufgibt, hat schon verloren“.

Während in der Presse laufend von Gemeinden berichtet wird, die ihre Ortszentren entwickeln und modernisieren, pendelt Lustenau in dieser Frage seit Jahren zwischen Stillstand und Alibi-Aktionen.

Die Schublade mit der virtuellen Aufschrift: „Hier ruhen die Masterpläne“ muss endlich geöffnet und das Projekt in die Entwicklungsphase geschickt werden.

Kernbestandteile sind unseres Erachtens eine Fußgängerzone, moderne Architektur und attraktive Platzgestaltung mit öffentlichen Gebäuden, wie Bibliothek im Zentrum, Frequenzbringer zur geschäftlichen Belebung, Schaufenster und Geschäftspassagen, Wohnraumangebot mit interessanter Gestaltung des öffentlichen Raumes, Zentrumspark der Generationen.

Ein effektives Beteiligungsverfahren mit Projektentwickler muss endlich gestartet werden.

Der derzeitige Zustand kann allerdings nur geändert werden, wenn auch konkrete finanzielle Maßnahmen mit den Plänen verbunden werden, die nicht den Zufälligkeiten der Budgeterstellung unterliegen.

Fußgängerzone, Bibliothek und Zentrumspark – einst hoch gesteckte Ziele - besitzen derzeit jedenfalls nur noch undotierten Erinnerungswert, sodass die beiden zu begrüßenden gepflanzten Baumgruppen und der in Aussicht stehende neue freundliche Belag geradezu epochal anmuten.

Es wäre auch denkbar, 50 % der von IKEA stammenden Kommunalsteuer sowie einen Teil des Grunderlöses mit einer Zweckbindung für die Entwicklung des Ortszentrums zu versehen – wie auch für den Campus Rotkreuz.

Wir müssen weitere Ideen sammeln, sie in einer positiven Formel zusammenfassen, die parteipolitischen Bedenkenträger in ihrem Gedankengut belassen, damit der Weg für einen Neubeginn im Zentrum frei wird.

Ein sehr erfreulicher Schritt in diese Richtung ist die ansprechende Gestaltung der neuen Rathauspassage.

Verkehrssituation in Lustenau – das gleichmäßige Autodorf

Die Verkehrssituation in unserer Gemeinde kann nach rund 40 Jahren nicht mehr durch geduldiges Warten, sondern nur mehr durch rasches Handeln und Verhandeln zwischen den unmittelbar Betroffenen einigermaßen verbessert werden.

Es muss zur Verteilung der Verkehrslast, d.h. Auffächerung entlang der Grenze kommen und zwar wie es während der Brückensperre erstaunlich gut funktionierte.

Formelle Gespräche mit den Wiener Zentralbehörden sind das eine und Verhandlungen mit unserer Nachbarn das andere und zugleich das aktuell wichtigere.

Dazu brauchen wir keine Zurufe aus Dornbirn sondern Gespräche mit unseren Schweizer Nachbarn auf allen Ebenen.

Die Bereitschaft zu diesen Gesprächen besteht, es gibt einen organisatorischen Rahmen, sie sind nicht gegen jemand gerichtet, sondern sie sind ergänzend zu allem was bisher geschehen oder leider nicht geschehen ist.

Der Verein „Agglomeration Rheintal“, dem alle Rheintal-Gemeinden beiderseits des Rheins angehören, bietet dafür eine geeignete Plattform. Dort sollten auch die Fraktionen eingebunden sein und neben Projekten wie der Fahrradbrücke Au/ Lustenau, bedarf vor allem das Problem des motorisierten grenzüberschreitenden Verkehrs im Rheintal kurzfristiger Lösungen verschiedenster Art wie der Auffächerung, Mobilitätsveränderung, Schienenbevorzugung, Verkehrsspanne bei Mäder oder Diepoldsau, Öffnungszeiten der Zollämter etc..

Beim Verkehrschaos Lustenau-Grenze sind alle Verantwortlichen, Land, Gemeinde, Bund, Gutachter, Verkehrspolitiker und alle andere Spezialisten zu spät gekommen, bestraft wird allerdings die Bevölkerung.

Der verheerende Zeitfaktor bei der S-18 degradiert alle dort in einst ferner Zukunft fallenden Entscheidungen zu Möglichkeiten einer unbestimmbaren Realität, die der Bevölkerung in der Alltagsrealität nichts bringt.

Man könnte sagen, die Verkehrspolitik ist durch ihr jahrzehntelanges Versagen aus der Zeit gefallen und die Bevölkerung wurde zurückgelassen.

Neue Wege gehen und alte Pfade verlassen

Von Robert Musil stammt der Satz, dass mit der Realität auch immer der Möglichkeitssinn verbunden sein müsse, denn die Realität könne immer auch anders sein, viel mehr als die pedantische und fantasielose Fixierung auf die momentane Situation.

Diese Sicht der Welt ist heute aktueller denn je.

Als Gemeindevertreter müssen auch wir uns um einige Probleme kümmern, die futuristisch klingen, aber in kürzerer Zeit als sich viele vorstellen, für unsere Jugend Gegenwart sein werden.

Die entscheidende Frage wird sein, was kann Lustenau in Zukunft schaffen. Reicht uns der Status einer Wohnsitzgemeinde, in der ein ordentliches Schulwesen errichtet, in der Sport betrieben werden kann und der Geschäfts- und Handelsbereich auf das Notwendigste beschränkt bleiben soll? Genügt uns die Alltagsrealität, in der Straßen und Autos nicht bloß dazugehören, sondern das Ortsbild bestimmen und gleichzeitig wirtschaftliche Aktivitäten behindern

bzw. blockieren, mit einer Hypothek, die es seit Jahren verunmöglicht, das Zentrum des Orts den Menschen und ihren Bedürfnissen zu übergeben?

Lustenau braucht Möglichkeiten und Visionen

Jede Gemeinschaft braucht Impulse, neue Gedanken, realistische Überprüfungen und konstruktive Vorschläge.

Aus unseren Tageszeitungen lesen wir täglich Schlagzeilen:

Mäder schließt Schleichwege, prüft Varianten über Verordnungen zeitlicher Einfahrtverbote, plant Fahrradstraßen, um damit die Gemeindebürger vom Verkehr zu entlasten und Mobilitätsveränderungen zu erzielen,

Götzis lockt mit Flanieren und Shoppen Am Garnmarkt, mit kultureller Vielfalt beim Junker -Jonas-Schlössle und in der Kulturbühne Ambach.

Dornbirn meldet – „die Stadt braucht Handel, die Fußgängerzone soll erweitert werden, es brauche mehr als 200 Meter zusätzliche Fußgängerzone, um Dornbirn weiterhin als attraktivste Einkaufsstadt im Rheintal zu halten“.

Auf der Suche nach Antworten, warum dieses aktive, zum Teil mutige Gestalten gerade in Lustenau nicht so richtig in Gang kommen will, stößt man immer auf angebliche Unbeschränkbarkeit des Autoverkehrs.

Solange dies so ist, kann eben der ganze Ort nicht gestaltet werden.

Lustenau lebt offenbar mit dem Auto immer noch im Geist der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, immer und überall.

Die PS-Mobilität, wie sie auf der Maria-Ther.Straße über den Kirchplatz bis in die Kaiser-Franz-Josef-Straße gelebt und gefahren wird, ist nur noch ein Lehrbeispiel eines ins Absurde geratenen Systems, das in nicht allzu ferner Zeit sich selbst an die Wand fährt. Zukunftsgerichtete Planung sieht anders aus.

In zentrumsnahen Gebieten muss die sanfte Mobilität ermöglicht und geschützt werden, muss dem öffentlichen Verkehr Vorrang zukommen.

In der ganzen Gemeinde muss ein Netz an Wegen und Plätzen mit Erlebnischarakter und ohne motorisierten Verkehr der Bevölkerung zur Verfügung stehen.

Möglicherweise vermitteln die vorgesehenen Quartiersbetrachtungen den Eindruck einer Realität, an der einiges zu verbessern ist und die zum Nachdenken anregt, ob es nicht doch angebracht wäre, einiges neu zu denken.

Dynamik des Wirtschafts- und Verkehrsraumes erfordert Ausbau des Schienenverkehrs samt Straßenbahn

Der öffentliche Verkehr kann die auf uns zukommenden Verkehrsprobleme nur mit dem Ausbau des Schienenverkehrs lösen.

Der Busverkehr steht vor zwei wesentlichen Problemen:

In dem Maße, in dem sich der motorisierte Individualverkehr immer weiter ausweitet, wird es für den Bus immer enger und kostspieliger.

Die Buslinie 50 von Gaißau über Lustenau nach Dornbirn ist ein aktuelles und auch budgetwirksames Beispiel.

Um im Gewühl des Autoverkehrs Lustenau-Dornbirn und den Parallelschleifen der beiden Buslinien in Dornbirn den Fahrplan einhalten zu können, müssen die Fahrzeiten verlängert und gleichzeitig zwei neue Busse angeschafft werden. Von der Fahrstrecke des Busses nach Hohenems ganz zu schweigen.

Im dichten Rheintal sind Ortsbusse für Verbindungen in den Gemeinden prädestiniert, für Verbindungen zwischen den Gemeinden ist die Schiene das geeignete öffentliche Verkehrsmittel.

Zur Lösung der Verkehrsprobleme des immer weiter wachsenden Lebens- und Wirtschaftsraumes Unteres Rheintal kann nur die Forcierung des Schienenverkehrs – auch in Form einer Straßenbahn – einen wesentlichen Beitrag leisten.

Ein wichtiger Schritt nach vorne ist zweifellos der Bahnhof Lustenau.

Dort zeigt sich – trotz des derzeit herrschenden Bauzustandes – wie viele Personen mit entsprechendem Fahrkomfort in angenehm kurzer Fahrzeit und ohne Abgaswolke von A nach B gebracht werden können.

Es gehört zu unserer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen, dass wir schon heute über ökologisch nachhaltige und effiziente Verkehrsmittel nachdenken, die an die Stelle der umweltschädlichen Benzinmotorisierung treten müssen.

Zukunftsdialog Lustenau

Abwehrreflexe gegen die erforderliche Innovationsbereitschaft auf allen Gebieten bringen unsere Region nur noch ins Hintertreffen.

Vielleicht könnte die Gemeinde am Ende des Schuljahres die interessierten Schülerinnen und Schüler unserer Gemeinde zu einer kleinen Denkfabrik Lustenau einladen, in der alle, auch die angeblich undurchführbaren Ideen diskutiert und erörtert werden – analog zu 4.0 im Bereich Industrie.

Meine Damen und Herren !

Mit diesem Blick in eine heute möglicherweise noch als utopisch erscheinende Zukunft möchte ich schließen.

Die SPÖ-Fraktion wird dem Budget 2017 zustimmen. Es wahrt grundsätzlich die finanzielle Stabilität bei einem hohen Investitionsvolumen, das auch Mittel – wenn auch noch ziemlich karg - für ein modernes Ortszentrum enthält.

Allen Mitbürgerinnen und Mitbürgern danken wir sehr herzlich für ihren Einsatz für Familie, Beruf und Gemeinschaft, sowie Mag. Klaus Bösch für die Aufbereitung des umfangreichen Zahlenmaterials.

Ich wünsche auch allen Mitgliedern dieses Hauses besinnliche Feiertage und einen friedlichen Ausklang des Jahres verbunden mit einem optimistischen Blick in die Zukunft und danke für Ihre Aufmerksamkeit.